

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 36 (1946)
Heft: 7

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

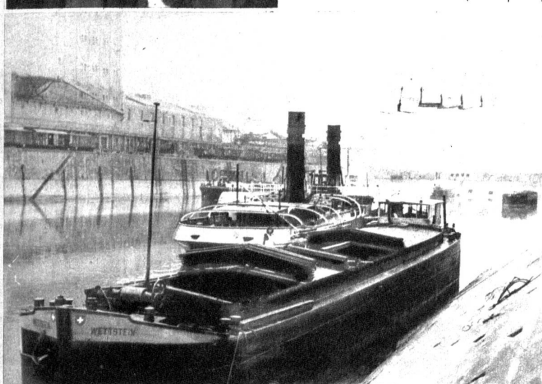


Oben links: Um die Ausbreitung von Epidemien in ihrer Besetzungszonen zu verhindern, haben die Amerikaner in Frankfurt am Main 40 000 deutsche Schulkinder impfen lassen.

Oben rechts: Dieser Tage ist unser Londoner Gesandte, Minister Dr. Paul Ruegger, mit dem Kursflugzeug der „Swissair“ in Dübendorf eingetroffen. Obwohl der Diplomat diplomatisch dem neugierigen Reporter versicherte, nichts von der englischen Wirtschaftsdelegation zu wissen, kann angenommen werden, dass seine Wochenendreise im Zusammenhang mit den demnächst in Bern aufzunehmenden englisch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen steht. (Photopress)

Mittellinks: In den Studios von Münchenstein wird zurzeit gedreht und gekurbelt, und einige der grössten „Asse“ aus der Gilde der Filmstars haben sich eingefunden. Besonderer Gunst erfreut sich Fernandel, der, wo er steht und geht, die Lacher auf seiner Seite hat. (ATP)

Mitte unten: Die schweizerisch-britischen Wirtschaftsverhandlungen, die bereits Ende 1945 in London eingeleitet wurden, sind in diesen Tagen in Bern wieder aufgenommen worden. Auf Seiten der Schweiz werden die Verhandlungen von Prof. P. Keller, Delegierter für Handelsverträge, geleitet. Die britische Delegation auf der Terrasse des Parlamentsgebäudes. Mr. Selous, Handelsrat, Mr. Ellis-Ress, Delegationschef, Mr. Turner von der „Bank of England“ und Tackear-Smith, Handelssekretär. (Photopress)



Bollerschüsse ertönten zum Willkomm der ersten fünf Kanalschiffe, die seit Kriegsende in die Basler Rheinhafenanlagen geführt werden konnten. Die Basler Rheinschiffahrts-AG. begrüßte die Kanalschiffe „Weltstein“ (Vordergrund), „Sebastian Brant“ und „Hebel“, die nach abenteuerlicher Fahrt bis nach Antwerpen gelangen und dort mit Cellulose aus Schweden befrachtet wurden. (ATP)

POLITISCHE RUNDSCHAU

Das grosse «Misstrauensvotum»

an- Mit 570 000 gegen nur 290 000 Stimmen hat die Nation den «Verkehrs-Paragrafen» abgelehnt. Ein einziger Kanton nur stimmte zu, Graubünden, das schon bisher eine Autopolitik zum Schutze seiner «Rätischen Bahnen» getrieben, wie ihn die Gegner der Vorlage für die ganze Eidgenossenschaft fürchteten. Es ist über die «Niederhaltung des Autos» durch die Graubündner viel geschrieben und auch gespottet worden, und ganz im Sinne dieser Verspottung war auch das Plakat gehalten, das die Gegner der Vorlage an die Litfasssäulen kleben liessen: «Soll die ganze Welt über uns lachen?»

Nun, die ganze übrige Welt, die so lacht, wenn die Graubündner ihre teure Bahn nicht ohne weiteres zu dauernden Leerfahrten verurteilen lassen wollte, um dann den Gästen, die mit ihren Autos ins Engadin hinauf fahren, aus Volksgeldern Strassen zu bauen, hat doch gerade das getan, was auch die Graubündner, wenn auch konsequenter, taten. Es gibt wohl keinen Staat, der die Autos nicht zünftig belastet, um die Kosten für den Bau und Unterhalt der Strassen herauszuschlagen — oder, wie die Autobesitzer klagen, noch mehr dazu. Und der Streit um die Frage, wie hoch die Autobesteuerung gehen dürfte, wird auch nach dieser Abstimmung nicht verstummen. Der Staat verfielt den Grundsatz, dass es keine «zweckgebundenen Steuern» gebe, also keine Auflagen für die Autos und Camions, die nur gerade für den Unterhalt von Strassen oder allenfalls für den Bau von Fussgänger- und Velopfaden zu verwenden wären. Die «Sieger vom 10. Februar» werden erleben, dass der «hungrige Fiskus», wenn er schon keine Möglichkeit besitzt, die Transporte zwischen Schiene und Strasse durch gesetzliche Regelungen zu regeln und damit die Rendite der in den Bahnen investierten Vermögenswerte zu stabilisieren, diesen Zweck auf dem Umwege über seinen «Hunger» zu erreichen sucht. Eine Vorlage, welche beispielsweise Luxuswagen durch eine scharfe Benzinsteuern belastet, wird vom Volke wohl nicht so glatt verworfen werden, wie die vom 10. Februar. In allen Kantonen.

Oder sollte man in der Abstimmung vom vergangenen Sonntag noch etwas anderes sehen als nur einen «Sieg der Autobesitzer» über die «politisierenden Bundesbahnen»? Einen Sieg des liberalen Gedankens über den Staat, der mit seinen Eingriffen die privaten Freiheiten immer weiter einengt? Oder noch etwas anderes: Den massiven Protest gegen die Kriegswirtschaft, die man allenthalben satt hat? Den «Ausbruch des Geistes von Bulle und Stein» im ganzen Lande? Oder am Ende das umfassende Misstrauensvotum der Öffentlichkeit gegen die gesamte Staatsführung, welche durch die verschiedenen Skandale, die am meisten gegen den Bundesrat polemisiert haben, die Linke das Hauptkontingent der Jastimmen geliefert hat, was man aus den Resultaten der grossen Städte ablesen kann. Ein aufmerksamer Zeitungsleser hat aus den Abstimmungskommentaren dieser Woche wahre Offenbarungen empfangen können, und da unsere hohen und höchsten Räte solche Leser sind, wünschen wir ihnen Glück und Segen zu ihrer Lektüre.

Das französische Sparexperiment

Die Massnahmen des französischen Ministeriums, für die der Sozialist André Philipp verantwortlich zeichnet,

interessierten von allen Nachrichten der vergangenen Woche am meisten. Wir wissen nun so ziemlich, welche Ausgaben des Staates beschnitten werden sollen, und in allen Kreisen, die für volkswirtschaftliche Fragen überhaupt Sinn haben, werden die Folgen der massiven Abstriche im Budget diskutiert. Vor allem weiss man endlich, wie gross das Budgetdefizit sein würde, wenn der Staat auf die Sparmassnahmen einerseits und auf die geplanten neuen Steuerbelastungen verzichtete wollte oder müsste: Es würde schätzungsweise auf die märchenhafte Summe von 320 Milliarden entwerteter französischer Francs anwachsen. Nimmt man den einstigen Franc an, der zu einer gewissen Zeit immerhin 100mal mehr wert war als der heutige, so sind es immer noch 3 Milliarden oder mehr.

Von diesen 320 Milliarden «Papier-Francs» will André Philipp insgesamt 170 Milliarden einbringen, 87 durch Einsparungen, den Rest durch neue Steuern. Das Heeresbudget soll um einen noch nicht genau fixierten Betrag, über welchen der Premier Gouin mit den Generälen verhandelt, gekürzt werden. 33 Milliarden weniger sollen an Subventionen ausgerichtet werden. Das sind die beiden Hauptspargosten. Subventioniert wurde bisher die Kohlenförderung. Die Folgen werden normalerweise in einer Verteuerung bestehen, welche die Industrie entweder selbst trägt oder auf die Verbraucher abwälzt, d. h. auf Bahnen, andere Industrien und private Verbraucher. Aehnlich wird der Abbau auch anderer Subventionen wirken.

Unter den neuen Steuern werden nur indirekte genannt — etwas Seltsames, wenn man bedenkt, dass Kommunisten und Sozialisten, also die beiden grössten Parteien, aus Prinzip für die direkten und gegen alle indirekten, die Massen belastenden Steuern sind. Eine 25prozentige Erhöhung der Tabaksteuer trifft die breitesten Massen und wird ganz gewiss das sein, was Gouin eine «unpopuläre Massnahme» nannte. Dasselbe wird man von der Grundsteuer sagen können, ebenso von der Alkoholversteuer, aber wiederum von der Erhöhung der Eisenbahntarife. 40% teurer sollen alle Billette III. Klasse künftig sein. 20% mutet man den Fahrern II. Klasse zu, die vor kurzem schon eine massive Erhöhung erlebten, und 10% jenen der I. Klasse. Alles in allem will man mit diesen Belastungen für die Staatskasse 38 Milliarden herausholen.

Es scheint freilich, dass die Regierung Gouin nicht allein auf diese rein fiskalischen Rezepte abstellen will. Schliesslich lassen sie sich ja auch nur im Zusammenhang mit der gesamten Wirtschaftspolitik verstehen. Das heisst: Nur wenn mehr produziert wird, wenn das Land selbst überschüssige Exportwaren anzubieten hat, erreicht man eine wirksame Stützung des Francs, um deretwillen der Staat sparen will. In diesem Zusammenhang ist auch Léon Blums Amerikareise zum Zwecke einer Kreditaufnahme von 2½ Milliarden Dollars zu verstehen. Dollar-kredit zur Stützung des Francs ebenso wie zur Bezahlung notwendiger Importe, deren Eintreffen die Ernährungs-lage erleichtern, das weitere Steigen der Preise bremsen und also auch mittelbar den Zerfall der Währung aufhalten soll.

Und die Privatwirtschaft?

Man hat seinerzeit, als die sterbende Weimarer Republik ihre selbstmörderische Sparpolitik aufnahm, die Rückwirkung auf die Gesamtwirtschaft vorausgesehen: Den



Am Montag, kurz nach 12 Uhr, ist Luftmarschall Sir Arthur Coningham, Chef der Ausbildung der Royal Air Force, in Dübendorf gelandet. Unser Bild zeigt die Begrüssung nach der Landung. Luftmarschall Coningham und Oberstdivisionär Rihner drücken sich freundschaftlich die Hand. (Photopress)



Ein originelles Fahrzeug hat inert zehn Stunden die Reise von Paris nach Basel gemacht, um jetzt in Zürich im Dienste der „Neue Amag“ als Abschleppwagen seinen Dienst zu versehen. Dieser mit 17perdigem Chrysler-Motor und einem Unterseiltrieb ausgerüstete, 3200 kg schwere Wagen hat mit General Patton den Blitzvorrast in die Tschechoslowakei mitgemacht. Er erreicht bis zu 100 km Stundengeschwindigkeit, ist geländegängig und mit einer vom Motor angetriebenen Seilwinde versehen (ATP)



Ganz London spricht von den Toiletten, welche die Tochter des stellvertretenden Aussekkommissars der Sowjetunion, Frl. Zinaida Adrewna Wyszinsky, bei den Empfängen der sowjetrussischen Botschaft zur Schau trägt. Aber nicht minder sensationell wirkt die Frisur der zurzeit auffallendsten Erscheinung an der UNO in London (ATP)



Eine Studienkommission der Internationalen Gewerkschaftsorganisation befindet sich gegenwärtig in Deutschland, um den Stand des Gewerkschaftswesens im geschlagenen Land abzuklären. Die Delegation begab sich auch in die russisch besetzte Zone. Von links nach rechts erkennt man: Obert Tulpanow, russischer Begleitoffizier; Léon Juhaux (Frankreich); Sir Walter Citrine und Eddy Edwards (England); Sidney Hillman (USA); Kuypers (Holland) und Tarasow (Russland)

weiteren rapiden Rückgang der Preise infolge einer allgemein sinkenden Nachfrage, welche durch den spendenden Staat noch verringert wurde. Wir sagten schon vor einer Woche, dass Frankreich nun unter entgegengesetzten Vorzeichen zu sparen anfangen und es auch bewusst tue, um das weitere Ansteigen der Preise und das Karussell der Preis- und Lohnklettere zu stoppen.

Wird also die Wirtschaft einen «normalen Produktionsantrieb», wie sie ihn braucht, durch die staatlichen Massnahmen erhalten? Auf den ersten Blick scheint es, als ob die preisverteuernden Steuern allenthalben die Lage nur verschlimmern müssten, indem sie wie immer ganz einfach auf den Konsum überwälzt werden müssten. Mit teureren Kohlen und verteuertem Benzin lässt sich gewiss nicht billiger produzieren. Normalerweise aber müsste nun die am härtesten betroffene Arbeiterschaft versuchen, ihre Löhne durch Streik zu erhöhen.

Die Regierung Gouin hat ihren Wählern versprochen, dass sie ihnen auf andere Weise helfen werde. Der Arbeiter müsse in den folgenden bösen Wochen und Monaten auf jede Lohnbewegung verzichten. Sie würde ihm auch gar nichts nützen, weil die Preise bei der fortwährenden Inflation rascher anstiegen als die mühsam erkämpften Löhne. Wenn nun vom Staate aus die Notenpresse gestoppt, die Inflation also beendet werde, dann blieben sich zwar die Nominalgehälter gleich, würden aber nichts mehr von ihrer Kaufkraft verlieren. Wenn dazu noch eine Steigerung der Produktionsziffern komme, würde man mit der gleichen Francsumme bald einmal mehr als heute kaufen können. In der steigenden wirtschaftlichen Leistung muss man also das Korrektiv sehen, welches die preistreibende Wirkung der neuen Steuern und der wegfallenden Subventionen wettmachen soll.

Es ist eine volkswirtschaftliche Lektion alten, auf lange Erfahrungen gegründeten Stils, welche uns Frankreich heute erteilt. Und es ist interessant genug, dass es ein vom Sozialisten Gouin präsiertes Kabinett ist, in welchem Kommunisten und Sozialisten die entscheidende Mehrheit besitzen, welches uns diese Lektion erteilt — uns, allen andern Ländern und vorab Frankreich. Von Frankreich verlangt Felix Gouin dreierlei: Wirtschaftliche Mehrleistung, Disziplin in den wirtschaftlichen Kämpfen der Klassen und vor allem Vertrauen in die als notwendig erachteten Massnahmen, die alles andere, aber nicht Bequemlichkeit verheissen. Die «grand nation» hat seit langem keine so ehrliche und ernsthafte Aufforderung zur Selbstbesinnung gehört, wie sie Felix Gouin heute erhebt.

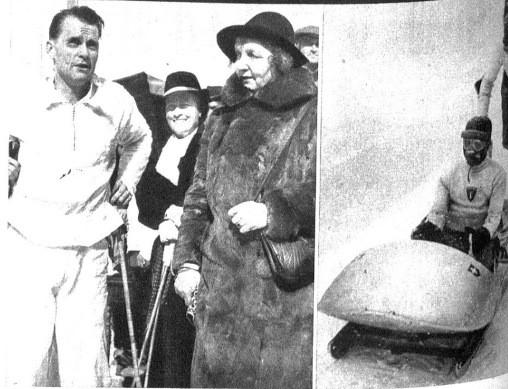
Die Skeptiker sagen, Frankreich und die Franzosen würden diesen Appell weder hören noch verstehen. Bessere Kenner dieses so verständigen Volkes behaupten, dass es überhaupt keine andere Sprache gebe, um seine Zustimmung zu gewinnen. «Allons enfants de la patrie! An die Arbeit! Wir garantieren euch einen anständigen Staatshaushalt!» So ungefähr töne in den Ohren des durchschnittlichen Franzosen, was Gouin sage. Und da der Franzose im Grunde seiner Seele ein nüchterner Haushalter sei, dem eine klare Ordnung lieber sei als alles andere, könne die Regierung mit ihrem «Tugendruf» nur Erfolg haben.

Die «Wirtschaftsführer» obendrein, so weit sie ihre Rechte behalten haben und nicht der Sozialisierung weichen mussten — und sie mussten ja nur aus wenigen wichtigen Sektoren weichen — können mit der Parole: «Keine Streiks, keine Lohnerhöhungen, Mehrleistung, Rettung des Francs!» nur einverstanden sein. Was also könnte Gouins Sparexperiment durchkreuzen?

Die Dollar-Anleihe

welche Blum in USA zustande bringen soll, ist natürlich keine sichere Sache. Man kann lange sagen, er habe seine

SPORT DER WOCHE



Oben links: Zum Andenken an den verstorbenen Präsidenten des Schweiz. Leichtathletikverbandes für Leibesübungen und Vorkämpfers des sport-ethischen Gedankens, kam in Klostern zum zweitenmal der Simon-Gedenklauf für Skilangläufer zur Austragung. Unser Bild zeigt den Sieger und Eilefaher Alfons Voit (Altsattel) am Ziel. Rechts die Witwe Paul Simons, die der Veranstaltung als Ehrengast beizuog.

Oben rechts: Schwer beeinträchtigt durch heftigen Schneeeisregen wurde in St. Gallen die Schweizer Zweierbobmeisterschaft ausfallen. Die Teilnehmer mussten sich auf zwölf Equipen beschränken. Dabei führten die Favoriten Fritz Feierabend—Stefan Waser und Engelberg mit 1:29.2 und 1:29.7 die beiden Läufe die besten Zeiten heraus.

Links: Als Auftakt zur diesjährigen Leichtathletikmeisterschaft der Akademiker zum 1. April wurde der Polytechnische Lauf ausgetragen. Sieger wurde der Polytechnische Alfred Fehrlin, Zürich (Photograph).

Wir erinnern uns...

1942

14. Februar. Die Schlacht um Java ist entbrannt. Die Japaner landen auf Ost-Sumatra und auf den Inseln Bangka und Biliton.

1943

8. Februar. Die Deutschen erobern Dschebel Mansour in Tunesien.

13. Februar. Die grosse russische Offensive greift nördlich von Woronesch auf das Gebiet von Kursk über. Bjelgorod nördlich von Charkow fällt. Der Donez ist von Liman bis zur Mündung in den Don erreicht. Bei Rostow überschreiten die Russen den untersten Don in Nordrichtung.

1944

15. Februar. An der Leningradfront fällt Luga. Die Russen setzen zum grossen Zangenangriff gegen den Peipussee und Pskow an.

1945

9. Februar. In das wieder eroberte Manila zieht der Sieger McArthur nach fast drei Jahren wieder ein.

12. Februar. In Schlesien stösst die Armee Konjew über die Oder vor. Liegnitz fällt. In Bern trifft die alliierte Mission Currie ein.

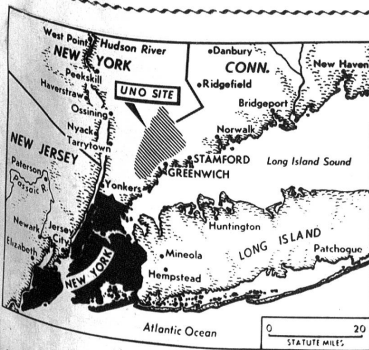


Im Theater des Rockefeller Center in New York wird die bereits stattgefundene nächste Tagung der Vereinten Nationen stattfinden, an der die geplanten Palastbauten an der Grenze der Staaten New York und Connecticut werden aber noch einige Jahre auf sich warten lassen (ATP)

Rechts: In New York wird es künftig möglich sein, telefonische Verbindung mit in der Stadt zirkulierenden Autos aufzunehmen. Durch Einsteilen einer Nummer wird der Aufruf mit einer Zentralstelle verbunden, welche das Gespräch mit Kurzwellen auf den Autoempfänger überträgt. Die Uebermittlung zwischen Auto und Zentralstelle erfolgt durch einen im Auto montierten Kurzwellensender

Das „fliegende Auto“ ist erfunden. Als Auto ist's ein bequemer Zweifahrer, den man in seine Privatgarage steuert, als Flugzeug, in das man es durch Montieren der Tragflächen und des Leitwerkes und Anbringen des Propellers verwandelt, eine stabile „Luftkutsche“. Die „Southern Aircraft Division, Portable Products, Inc.“ wollen demnächst mit der seriellen Fabrikation beginnen (ATP)

In einem besonders schwer von den Bombardierungen mitgenommenen Viertel von London erregt derzeit ein Automobil, das als Wohnwagen eingerichtet ist, Aufsehen. Rastler und Mistress James Magler, deren Haus früher hier stand, sind wieder „eingezogen“, allerdings in ein Automobil, weil sie nicht warten können, bis das Wohnbauprogramm der Regierung durchgeführt ist



Links: Nach wochenlangem „Suchen“ nach einem geeigneten Platz für den ständigen Sitz des neuen Völkerbundes, der UNO, hat sich nun die hierfür eigens eingesetzte amerikanische Kommission entschieden. Die Wahl fiel auf New York und doch nicht auf New York, denn die neuen Paläste werden auf einem dem Staate Connecticut gehörenden Boden nördlich von der Weltstadt am Long Island Sound errichtet (ATP)



Freunde sowohl in London wie in New York, bei allen Demokraten, und dazu Beziehungen zu seinen Glaubensgenossen, welche schwer ins Gewicht fielen. Gerade diese angeblich offenen Türen können sich ihm verschliessen, wenn es den bewussten Herren gefällt, dem Linkskurs in Frankreich ein Bein zu stellen und den Kassenschlüssel für so lange in der Tasche zu behalten, als es in Frankreich sozialisierte Banken, Bahnen und Kohlenbergwerke gibt und auch in der Elektrizitätswirtschaft keine privaten Gewinne herauszuholen gibt. Wie der grosse französische Sozialistenführer und einstige Premier der verhassten und verleumdete «Volksfrontregierung» sich in solchem Falle einen Erfolg versprechen sollte, das ist eine Frage, die nicht so einfach beantwortet werden kann.

Nun, auch die Labour-Regierung hat ihre Pfund-Milliarden erhalten. Allerdings gegen Konzessionen. Man wird also mutmassen, Léon Blum werde es mit ebensolchen Konzessionen versuchen. Worin sie bestehen, ergibt sich klar aus den amerikanischen Tendenzen, freie Bahn für den eigenen Handel in allen Weltteilen zu erhalten. Es ist schon viel geredet worden über die amerikanischen Absichten, sich den nächstgelegenen «Kolonial-Erdteil» Afrika anzueignen. Mit den Methoden der kommerziellen Durchdringung allerdings, nicht mit Mussolinis und Hitlers Gewaltmethoden. Die neuen Kapitalien, welche in Algerien, Tunesien und Marokko einströmen, sind nicht mehr wie früher französischen, sondern amerikanischen Ursprungs. Aber Frankreich ist heute noch Herr in diesen seinen Kolonien und kann, sofern es ihm gefällt, Einfuhr und Ausfuhr dieser Gebiete zollpolitisch beeinflussen, d. h. den Ausländern den Zutritt erleichtern oder erschweren. Besonders wird es das können, wenn es selbst wieder in der Lage sein wird, die afrikanische Wirtschaft durch französisches Kapital weiter zu entwickeln.

Amerikas erste Forderung wird wohl die sein, dass der amerikanische Handel im ganzen französischen Imperium ähnlich freie Hand habe wie im britischen Empire. Dann mögen die Milliarden nur noch ihrer Höhe wegen angefochten werden, das heisst, es wird vielleicht weniger als 2½ Milliarden geben. Der allgemeine Grundsatz der amerikanischen Anleihepolitik lautet: Anleihen nur gegen Niederlegung von Zollschränken. Ein weiterer Grundsatz, der das Pumpen bei den USA-Herren erschwert, ist in einem Paragraphen des Währungsabkommens von Bretton Woods niedergelegt: Die private Wirtschaft eines Staates darf nicht über ein gewisses Mass hinaus durch die staatliche Wirtschaft konkurrenzieren werden. Léon Blum wird sicherlich erfahren, welche Bedeutung dieser Satz habe (und in vollem Umfange werden es auch die Russen erfahren). Auf die Entscheidung in New York ist man gespannt.

Noch ist ferner nicht entschieden, wieviel Gouin den französischen Generalen abmarkten wird. Sie sollen in eine geradezu gefährliche Reduktion der Armee einwilligen. Die regierenden Parteien sind der Ansicht, dass in den nächsten Jahren ein Krieg unmöglich sei. Sie vertrauen auf die Kriegsmüdigkeit der heutigen Generation. Es ist ihnen wohl auch klar, dass die künftige Rüstung, die «auf der Höhe der Zeit» sein wird, von einem Jahr zum andern die allergrössten Umwälzungen erleben kann, so dass alle heutigen Ausgaben «für die Katze» sein werden. Wichtiger scheint ihnen, die eigene Wissenschaft, die eigene Technik und Industrie, den eigenen Erfindergeist so zu fördern, dass Frankreich imstande wäre, die angeforderten «modernen Waffen» im schnellsten Tempo herzustellen, falls ein heraufziehendes Weltgewitter signalisiert würde. Die UNO-Debatten in London, die Beilegung des russisch-britischen Griechenland-Kontroverse und der Verlauf der Indonesien-Debatte scheinen die Ängste von einem nahe ausbrechenden Kriege zu zerstreuen.

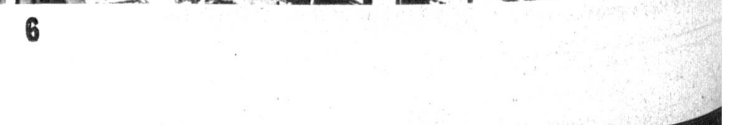
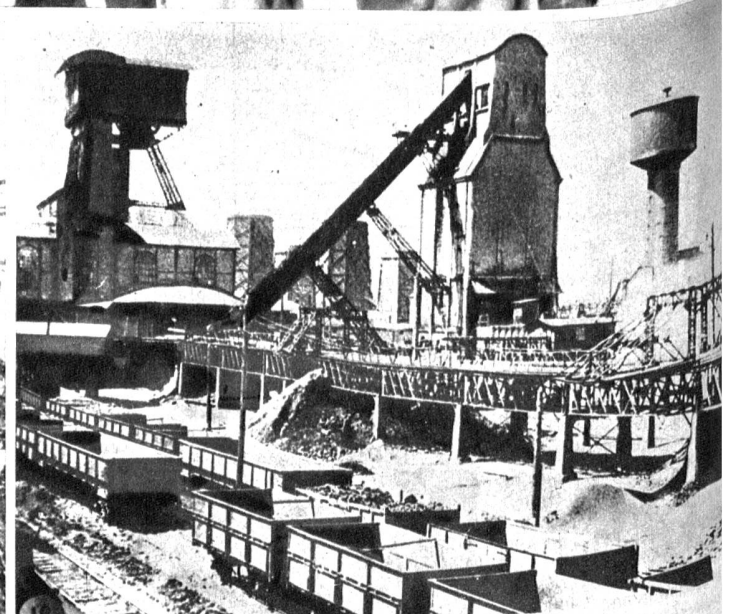


- 1 Das Haus der Gewerkschaften
- 2 Das Haus des Volkskommissariats für Nahrungsmittelversorgung
- 3 Die Lenin-Zentralbibliothek und Lesehalle
- 4 Das Haus von Orga-Metall
- 5 Der Sucharew-Platz
- 6 Eine Industrieanlage in der Nähe Moskaus
- 7 Typen der Bevölkerung in den Strassen Moskaus
- 8 Der Rote Platz. Lenin-Mausoleum der Spasski-Turm des Kreml
- 9 Der Kreml
- 10 Das Staatliche Warenhaus



MOSKAU

die Hauptstadt der UdSSR





8

Es war im Jahre 1920. Das Land war durch Krieg und Intervention vollständig erschöpft. Allenthalben mangelte es an Brot. Jeden Morgen standen die Menschen in langen Schlangen vor den Brotläden. Kaum erhielten sie ihr Stück Brot, auf das sie stundenlang gewartet hatten, verzehrten sie es auf der Stelle, ja im Laden selbst, um — so gut es ging — ihren nagenden Hunger zu stillen.

Und um diese Zeit, da die Kanonen noch an den Fronten dröhnten und es als unmöglich erschien, vorauszu sehen, was sich am morgigen Tag ereignen könnte, wurde nach den Weisungen eines Mannes, Lenin, ein Plan aufgestellt, der sich über 10 bis 15 Jahre erstrecken sollte. Heute, wo Russland zu den drei grossen Siegerstaaten gehört, ist Moskau zu einer Metropole geworden, die im Kräftespiel der internationalen Politik einen wichtigen Platz einnimmt.

Die Hauptstadt der UdSSR war ganz früher schon die Residenz der Zaren und wurde unter der kommunistischen Räterediktatur der Hauptsitz derselben. Moskau liegt beiderseits der schiffbaren Moskwa und ist im

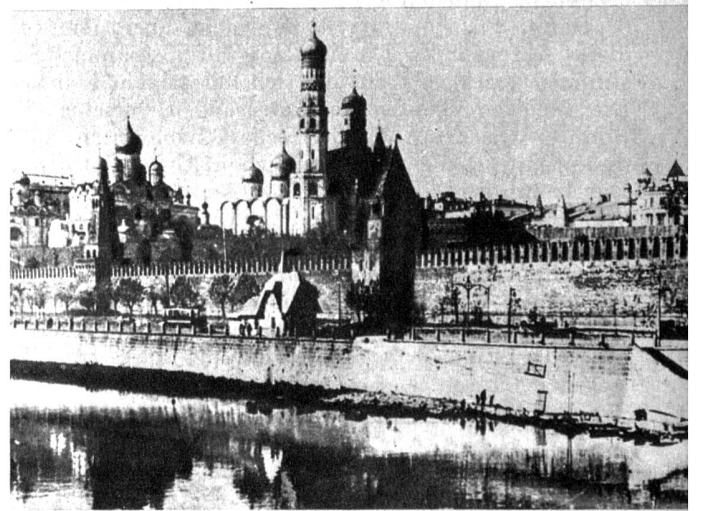
Schnittpunkt wichtiger Landwege. Um den Hügel des Kreml mit dem Roten Platz, wo das Lenin-Mausoleum steht, liegt ringförmig die Altstadt mit zahlreichen niedrigen Häusern, doch wurden unter dem jetzigen Regime ganze Stadtteile abgerissen und neue, moderne Bauten kamen an Stelle derselben.

Moskau wurde in der Geschichte erstmals 1114 erwähnt unter Alexander Newskijs Sohn Daniel. Später wurde es Sitz des Zaren und gegen die Tataren befestigt. In den Jahren 1610 bis 1612 wurde es von den Polen besetzt, 1712 verlegte Peter der Grosse wohl seine Residenz nach Petersburg, Moskau selbst aber blieb dank seiner zentralen, verkehrsbegünstigten Lage der wirtschaftliche und geistliche Mittelpunkt des Landes.

1812 besetzte Napoleon Moskau; die nach dem Einzug der Franzosen ausbrechende Feuersbrunst vernichtete einen grossen Teil der Stadt. Während den Revolutionen von 1905 und 1917 war Moskau Schauplatz blutiger Kämpfe.

Seit dem 19. März 1918 ist Moskau die Hauptstadt der Sowjetunion. W. Rothmund

9



10

